

Redebeitrag in der aktuellen Stunde im Deutschen Bundestag am 21. Februar 2008 zum Thema DKP/Die Linke:

Reinhard Grindel (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Carstensen, was Sie zur Linkspartei gesagt haben, hat mir gut gefallen. Zusätzlich haben Sie noch ein bisschen Wahlkampf gemacht. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie sich auch nach der Wahl noch an das erinnern, was Sie den Bürgern vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was man Herrn Maurer und der Linkspartei nicht durchgehen lassen darf, ist die Behauptung, die auch heute wieder erhoben worden ist, man habe nicht gewusst, wen man da aufgestellt habe.

(Zuruf von der FDP: Unglaublich!)

Ich komme aus Niedersachsen. Christel Wegner ist seit 40 Jahren in Niedersachsen für die DKP aktiv.

(Dirk Niebel [FDP]: Und hat sich noch nie geäußert!)

Frau Kollegin Stokar, ich weiß nicht, ob es zu indiskret ist, wenn ich das erzähle: Wir haben über Frau Wegner gesprochen, und Sie haben gesagt, wenn Sie Frau Wegner auf Demonstrationen getroffen haben, dann haben Sie darauf geachtet, dass sie immer möglichst weit hinten marschiert. – Insofern hat die Linke ganz genau gewusst, wen sie da aufstellt. Es ist Ihnen aber egal gewesen, weil es Ihnen nur um eines ging, nämlich darum, dass die DKP nicht antritt, Sie die Infrastruktur der DKP nutzen können und Sie auf diesem Weg in den Niedersächsischen Landtag kommen. Das war der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dirk Niebel [FDP]: Die haben sie auch bezahlt, die Infrastruktur!)

Ich finde es geradezu bedrückend, wenn Frau Wegner jetzt erklärt, sie freue sich diebisch, dass sie die Medien durch die öffentliche Benennung ihrer Parteizugehörigkeit zum Beweis gezwungen habe, dass es die DKP in Deutschland noch gebe.

(Hartmut Koschyk [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Das zeigt: Die DKP benutzt die Linke als Steigbügelhalter, um in die Parlamente zu kommen, und zwar mit Erfolg. Was der SED und der Stasi mit vielen Millionen Mark bis 1989 nicht gelungen ist, das hat die Linke jetzt geschafft. Das ist ein skandalöser Vorgang in Anbetracht der Wahl in Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist hier viel zitiert worden; das, was zitiert worden ist, wurde allerdings immer nach den Äußerungen von Frau Wegner gesagt. Ich bin auf eine Äußerung der Hamburger Spitzenkandidatin der Linken, Dora Heyenn, gestoßen. Sie hat ein Gespräch mit der *Welt* geführt, das am 14. Februar abgedruckt worden ist; da wusste man noch nichts von den Äußerungen von Frau Wegner. Frau Heyenn ist nach Olaf Harms, dem DKP-Kandidaten in Hamburg gefragt worden. Ich zitiere, was Frau Heyenn in der *Welt* gesagt hat: Auch wenn er – Harms – visionär in eine völlig andere Richtung arbeitet, bei den kurzfristigen Zielen sei sich ihre Partei mit der DKP völlig einig.

(Iris Gleicke [SPD]: Hört! Hört!)

Man muss sich diese Aussage vor Augen halten: Kurzfristig will man gemeinsam in die Bürgerschaft, und nach der Wahl bricht dann die visionär völlig andere Richtung durch. Das ist systematische Wählertäuschung.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist hier doch erwähnt worden: Herr Harms ist nicht irgendein Mitläufer, irgendein Unbekannter. Er ist DKP-Vorsitzender von Hamburg. Sie haben gesagt: So ganz detaillierte Äußerungen hat man von ihm ja noch nicht gehört. Erstens hat der Kollege Koschyk solche Äußerungen zitiert; zweitens hat der Kollege Edathy aus dem DKP-Programm zitiert. Die Verharmlosung von Mauer, Stasi und Stacheldraht gehört bei der DKP zum Programm. Herr Harms ist Vorsitzender der Hamburger DKP. Damit ist er übrigens einer der Nachfolger unseres Kollegen Gehrcke. Da braucht man keine spezifischen Äußerungen mehr. Da muss man sich entweder klar distanzieren, oder man ist angesichts einer solchen Entwicklung völlig unglaubwürdig.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dirk Niebel [FDP]: Die Täter sind unter uns!)

Ich warne allerdings davor, dass wir nur in diese Richtung argumentieren, wenn wir uns mit der Linkspartei auseinandersetzen. Herr Maurer sitzt da relativ entspannt, weil es ihm in seiner Rede heute nur auf eines ankam: kurz vor der Wahl in Hamburg noch einmal ein bisschen Kapitalismuskritik zu betreiben und den Eindruck zu vermitteln, die soziale Gerechtigkeit sei bei der Linken in guten Händen. Ich will gerade vor der Hamburg-Wahl einmal daran erinnern, wie es dort aussieht, wo Sie Verantwortung tragen: in Berlin. Sie haben in Berlin, wo Sie dem Senat angehören – das muss man denen, die uns kurz vor der Hamburg-Wahl zuschauen, auch einmal sagen –, in den letzten fünf Jahren 160 Millionen Euro bei Kinder- und Jugendeinrichtungen und bei den Hilfen zur Erziehung gestrichen, Sie haben 140 Jugendeinrichtungen geschlossen, Sie haben beim Personal in den Kitas gespart, Sie haben die Lehrmittelfreiheit eingeschränkt, und Sie haben das Blindengeld gekürzt. In Berlin ist jedes dritte Kind von Kinderarmut betroffen. Die Menschen werden ärmer durch Ihre Politik, und es geht ihnen nicht besser.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

– Dass Sie jetzt so laut brüllen, zeigt allen Zuschauern, dass Sie das in Wahrheit am meisten trifft.

(Dirk Niebel [FDP]: Treffer, versenkt!)

Das wird man Ihnen ebenfalls vorhalten müssen. Ich sage Folgendes: Vielleicht müssen wir die Äußerung von Frau Wegner ganz anders einordnen; die Kollegin Sager hat das getan. Vielleicht spricht sie nur das aus, was bei den Linken in Wahrheit viele denken: dass die DDR eben keine Deformation des Sozialismus war. Im Grunde sagt Frau Wegner das, was früher in der DDR als Parteilinie galt: Die Stasi ist Schwert und Schild der Partei. Im Grunde sagt uns Frau Wegner: Sozialismus, so wie ihn viele bei der Linken wollen, geht eben nicht ohne Stasi. Dann bin ich allerdings entschieden dafür, zu zeigen, dass es in der deutschen Politik ohne die Linken geht.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)